

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

15.12.2017

Modernisierung und Sicherheit

Das erste Gespräch zwischen den Spitzen von Union und SPD steht in dieser Woche im Mittelpunkt der politischen Arbeit. Wir als Union sind zur Bildung einer stabilen Bundesregierung bereit. Dass die SPD ihre Position überdacht hat und nun Gespräche mit uns führen wird, ist ein wichtiger Schritt, damit wir endlich vorankommen. Klar ist: In einer Koalition kann man nicht alles umsetzen, was in einem Wahlprogramm steht. Es braucht Kompromissfähigkeit, es braucht Verantwortungsbewusstsein für unser Land. Klar ist aber auch, dass die Bürgerversicherung kein Problem löst und dass wir unser Regelwerk zur Migration umsetzen wollen.

Deutschland braucht eine stabile Regierung mit einer parlamentarischen Mehrheit, keine Experimente. Eine große Koalition kann die notwendige Modernisierung unseres Landes intensivieren und den Bürgern Sicherheit geben. Gleichzeitig darf sie keine Lähmung in wichtigen Fragen erzeugen. Für die Modernisierung ist zentral, dass öffentliche Investitionen in Straßen und Schienen schneller umgesetzt werden und wir bei der Digitalisierung den Turbo anwerfen. Die Situation an unseren Schulen müssen wir verbessern, den Ländern werden wir als Bund dabei helfen. Wir wollen die Sicherheit für unsere Bürger im umfassenden Sinne verbessern: vor allem die innere Sicherheit, aber auch die soziale. Wir werden darauf achten, dass unser Land nicht überfordert wird bei der Migration, deshalb ist die Umsetzung des Regelwerks zur Migration von CDU und CSU vom 8. Oktober 2017 so zentral. Für diese Vorhaben brauchen wir einen leistungsfähigen Staat mit guter Verwaltung und guter Justiz, das ist eine große Aufgabe für Bund und Länder. Schließlich wollen wir Europa stärken und besser ins nächste Jahrzehnt führen.

Mit einem fraktionsübergreifenden Antrag aus der demokratischen Mitte heraus wollen wir in dieser Woche den Schutz von Opfern von Gewalttaten verbessern. Insbesondere liegt uns ein besseres Opferschadungsgesetz am Herzen. Opfer von Gewalttaten leiden oft lange physisch und psychisch unter den Folgen der Tat.

Wir beschränken uns bei unserer Initiative nicht auf die Opfer des Anschlags vom Breitscheidplatz, sondern beziehen bewusst auch Opfer von anderen Gewalttaten ein. Es gilt nun, eine Erhöhung und Ausweitung von Entschädigungen bei terroristischen Anschlägen und sonstigen Gewalttaten zu prüfen. Wir brauchen zentrale Anlaufstellen, die im Falle eines Anschlags schnell und unbürokratisch zur Verfügung stehen. Wir sichern schließlich den über 60 zum Teil schwer Verletzten und den Hinterbliebenen der zwölf Getöteten vom Breitscheidplatz weiterhin unsere Solidarität und Unterstützung zu.

Zudem streben wir als Union einen Untersuchungsausschuss an, um das Attentat auf den Weihnachtsmarkt vor der Berliner Gedächtniskirche lückenlos aufzuklären. Die Verhandlungen mit den anderen Fraktionen über einen gemeinsamen Einsetzungsantrag sind noch nicht abgeschlossen, wir werden sie fortsetzen. Anlässlich fortdauernder neuer Informationen über die Umstände des Anschlags wollen wir noch besser aufklären, wie es trotz Warnungen, trotz zahlreicher Hinweise und trotz der Polizeibekanntheit des Täters zu dem Anschlag kommen konnte. Wir werden alles daransetzen, die Umstände des Attentats weiter aufzuklären, um daraus weitere Schlüsse insbesondere für unsere Sicherheitsarchitektur und das Aufenthaltsrecht zu ziehen.

Weniger Bürokratie gefordert

Ärzte, Pfleger und Gesundheitsmanager aus der Rhein-Main-Region klagen über zu viel Bürokratie. Die Initiative Gesundheitswirtschaft Rhein-Main hat die Beschwerden zusammengetragen und daraus zehn Handlungsempfehlungen entwickelt. Sie wurden am Dienstag in Frankfurt vorgestellt. Die Initiative schlägt unter anderem eine „Task Force Entbürokratisierung“ vor, mehr Digitalisierung und Zielvorgaben statt Detail-Regulierungen. „Das erhobene Stimmungsbild verdeutlicht die allgemeine Unzufriedenheit durch ein stetig wachsendes Maß an bürokratischen Tätigkeiten“, schreiben die Autoren in der Zusammenfassung. Umfragen unter Ärzten zeigten, dass die meisten mindestens zwei Stunden am Tag für administrative Aufgaben verwendeten. Die geforderten Datenmengen seien händisch kaum noch zu erfassen. (dpa)

Arbeitsstunden auf Rekordniveau

Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung stieg die Zahl der in Deutschland geleisteten Arbeitsstunden im vergangenen Quartal auf den höchsten Stand seit 25 Jahren. Zwischen Juli und September lag diese bei rund 15,4 Milliarden Stunden und damit bei 1,3 Prozent mehr als noch im Vorjahreszeitraum. Der Zuwachs an Arbeitsstunden sei den Arbeitsmarktforschern zufolge jedoch nicht darauf zurückzuführen, dass Beschäftigte durchschnittlich länger an Schreibtischen oder in Fertigungshallen gearbeitet hätten. Vielmehr stehe der Aufwärtstrend im Zusammenhang mit der stark gestiegenen Zahl der Beschäftigten. Dies sei ebenfalls der Grund für einen Anstieg der Gesamtzahl an bezahlten Überstunden im dritten Quartal um 4,9 Mio. auf 213,3 Mio. (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Bilanz des Spendens

Aus der „Bilanz des Helfens“-Studie im Auftrag des Deutschen Spendenrats e.V. geht hervor, dass die Deutschen von Januar bis September 2017 rund 3,1 Mrd. Euro spendeten. Das private Spendenaufkommen liege damit leicht über dem des Vorjahres. Im besagten Zeitraum spendeten etwa 17 Mio. Deutsche Geld an Kirchen oder gemeinnützige Organisationen, die durchschnittliche Spendenhöhe lag bei unverändert 32 Euro pro Spender. Vom Spendenaufkommen der ersten neun Monate des Jahres profitierten insbesondere nicht-konfessionelle Träger. 47 Prozent aller Spenden flossen in Projekte im Inland. Während die Gelder für Flüchtlinge auf 285 Millionen Euro zurückgingen, nahm das Spendenvolumen insbesondere

im Bereich der humanitären Hilfe zu. Rund 69 Millionen Euro kamen der Not- bzw. Katastrophenhilfe zugute. Das Plus von 3,7 Prozent in diesem Bereich im Vergleich zu 2016 führt die Studie vor allem auf neue Spender zurück. (Deutscher Spendenrat e.V.)

Weniger Pleiten

In Deutschland sind erneut weniger Unternehmen und Verbraucher pleitegegangen als im Vorjahr. Insgesamt wurden in diesem Jahr 116.000 Insolvenzfälle registriert, wie die Auskunftei Creditreform am Dienstag in Neuss mitteilte. Im Jahr 2016 waren es noch 122.590 gewesen. Die Zahl der Insolvenzen verringerte sich damit das siebte Jahr in Folge und erreichte den niedrigsten Stand seit 2003. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen sank von 21.560 auf 20.200 - den tiefsten Stand seit 1994. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen sank von 77.260 auf zuletzt 72.100, den restlichen Anteil bildeten sonstige Insolvenzen - also etwa ehemals Selbständige und Nachlasskonkurse. (AFP/jm/hcy)

Gegen Fremdenhass und Populismus

Der Vatikan und der Weltkirchenrat (ÖRK) wollen 2018 eine Weltkonferenz über Fremdenhass und Populismus veranstalten, die für den 21. bis 24. Mai geplant ist. Anlass der geplanten Weltkonferenz sei ein „alarmierendes Phänomen von Fremdenhass“. Die Vereinten Nationen sähen in den gesellschaftlichen Reaktionen auf weltweite Migration und die Flüchtlingskrise eine „toxische Angst“, die von populistischen Politikern befördert werde, hieß es in einer am Dienstag veröffentlichten Vatikan-Mitteilung. Die Überwindung von Fremdenhass und Populismus stelle Kirchen und Gesellschaft gleichermaßen vor eine „ethische und pädagogische Herausforderung“. Auch die christlichen Kirchen hätten sich kritisch zu fragen, inwieweit sie für „die korrosive Kraft der Angst zusammen mit Vorurteilen und Diskriminierung“ anfällig seien. (KNA)

Zitat

"Entweder man will regieren, oder man will nicht"

(Julia Klöckner, stellvertretende CDU-Vorsitzende in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* zum Vorschlag der SPD-Linken, eine sogenannte Kooperationskoalition einzugehen, in der mit der Union nur wenige große Punkte vereinbart würden.)